



Beschluss

Top II.2

Stärkung des Führungszeugnisses; Gesetzentwurf des Bundesrats zur Änderung des Bundeszentralregistergesetzes

Berichterstattung: Bayern

- 1. Die Justizministerinnen und Justizminister haben die Bedeutung der Aufnahme von Verurteilungen in das Führungszeugnis für den Schutz von Kindern und Jugendlichen erörtert. Sie sind sich einig, dass insoweit Lücken bestehen und die Aussagekraft des Führungszeugnisses dahingehend verbessert werden muss, dass tatsächlich alle für den Schutz von Kindern und Jugendlichen relevanten Verurteilungen in behördlichen und privaten Führungszeugnissen enthalten sind.**
- 2. Die Justizministerinnen und Justizminister bitten die Bundesministerin der Justiz, die in der Stellungnahme der Bundesregierung zum Gesetzentwurf des Bundesrats zur Änderung des Bundeszentralregistergesetzes vom 14.03.2008 (BR-Drucksache 72/08) angekündigten eigenen Vorstellungen zur Verbesserung des Schutzes von Kindern und Jugendlichen vor Straftaten im beruflichen Umfeld von Straffälligen baldmöglichst vorzulegen, um das Gesetzgebungsvorhaben voranzubringen.**